

Die Kriegswirtschaft

gleichzeitig unter Vorlegung seines Sparlassenbuches ein. Die Bescheinigung, die er später über seine Staatsschuldbuchforderung erhält, ist weniger wertvoll, da ihr Verlust seine Rechte nicht beeinträchtigt, und deshalb unbedenklicher aufzubewahren. Den Sparlassen wird so keine Arbeit mit Aufbewahren der Stücke zugemutet, im Gegenteil wird ihnen der regelmäßige Zustuß der Halbjahreszinsen, die im ganzen sich wohl summieren, gesichert. Dem Reich, das an sich vielleicht nicht sehr gern einen Zustrom von vielen so kleinen Buchgläubigern sieht, geht sicher die erzieherische Wirkung dieser neuen Gewöhnung nicht verloren. Die Zeichnerschar wird dem Schuldbuch treu bleiben, zu regelmäßigen Gelbbegebern auf Lebenszeit werden, und nicht nur ihre Rechtsnachfolger, sondern durch ihr Beispiel neue Scharen in Zukunft auf die bequemere Art der Vermögensverwaltung hinweisen. Solche allgemein sich einbürgernden Gewohnheiten aber sind gerade das, was wir neben manchen anderen (Verbesserung des Zahlungsverkehrs!) noch sehr gut gebrauchen können. Es wäre zu wünschen, daß in vorgerückter Richtung noch rechtzeitig eine allgemeine Propaganda einsetze, deren Erfolg nicht ausbleiben kann.

Eine Erklärung des Seehandlungs-Präsidenten.

Berlin, 6. März, 3.25 N. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gab der Präsident der Seehandlung (der Preussischen Staatsbank) v. Dombois eine längere Darlegung über die Tätigkeit der Staatsbank, aus der das folgende besonders hervorgehoben ist.

So unerwartet der Krieg auch eingetreten ist, so waren die Seehandlung (und die Banken überhaupt) nicht unvorbereitet. Schon die Marokkokrise und die Balkankriege haben die Banken gemahnt, auf Liquidität ihrer Bestände Bedacht zu sein. Bei zielbewusster Vorsorge hat die Reichsbank durch ihre Devisenpolitik und durch die Ausgabe der kleinen Noten ihren Goldstand vermehrt und die Kreditbanken zur Ansammlung eigener Barbestände und sonstiger flüssiger Mittel veranlaßt. Die Reichsbank besitz zurzeit 2,2 Millionen Gold, das Doppelte des früheren Normalbestandes. Der Kriegsausbruch fiel glücklicherweise in eine Zeit großer Geldflüssigkeit, eine Folge der damals eingetretenen Abschwächung der industriellen Konjunktur. Die finanzielle Rüstung Preußens war gefestigt durch die 800 Millionen-Anleihe vom Februar vorigen Jahres und durch den Eisenbahnausgleichsfonds von 300 Millionen. Durch stotter Verkäufe ihrer Effektenbestände in den Monaten vor Kriegsausbruch konnte die Seehandlung ihre Liquidität erheblich steigern. Schon in der Zeit vom 21. bis 30. Juli, als die europäischen Börsen erschüttert waren, hat die Seehandlung durch ihre Interventionskäufe an der Berliner Börse einen jähen Kurssturz der Staatspapiere verhindert und dadurch dem Markt der festverzinslichen Werte einen Halt gegeben; dem ist es zu danken, daß während die 2 1/2proz. englische Rente um 4,75 pCt., die 3proz. französischen Staatsanleihe um 3,85 pCt. gefallen sind, die 4proz. deutsche Reichsanleihe nur um 1,4 pCt., die bis 1905 unfündbare Reichsanleihe nur um 0,8 pCt., die 3 1/2proz. um 2,4 pCt. und die 3proz. um 3,5 pCt. fielen. Eine weitere Folge war der gute Kursstand der Kriegsanleihe. Als die Finanzverwaltung Ende September den Ausgleichsfonds zurückforderte, geschah dies glatt durch Uebernahme von Schahamweisungen, wodurch der Geldmarkt kaum nennenswert berührt ist. Die Lombard-Darlehen der Seehandlung wurden unter Schonung der schwächeren Schuldner zurückgefordert und anstandslos zurückgezahlt. Hätten wir ein Moratorium gehabt, so wäre dies nicht erreichbar gewesen. Als Ende September und Ende Dezember weitere Schahamweisungen gegeben wurden, verlag sich dies überaus glatt. Da die meisten gewerkschaftlichen Unternehmungen ihr Betriebskapital verminderten, trat Mitte Oktober, nach dem die ersten Einzahlungen auf die erste Kriegsanleihe geleistet waren, wieder eine Zunahme der Geldflüssigkeit ein. Die Uebernahme von 500 Millionen unterzinslicher, 3monatiger Schahamweisungen Ende Dezember war der Seehandlung durch vorübergehende Inanspruchnahme der Kriegsdarlehensklasse und durch Weiterbegehung der Scheinwechsel am offenen Markt möglich, soweit der Geldbedarf die eignen Betriebsmittel überstieg. Nicht nur hat die Seehandlung bisher keine Hilfe von der Reichsbank gebraucht, sondern sie konnte die Reichsbank erheblich entlasten, indem sie größere Mengen von Schahamweisungen übernahm. Trotz der Rückzahlung des Ausgleichsfonds und der Uebernahme von Schahamweisungen sollen die Zahlungen den Kredit von Sparassen, Ortsrentenklassen, Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten und Privaten, namentlich für Kriegsanleihezeichnungen, erhöhen können, weil ihre Depoziten nahezu auf die doppelte Höhe des Julibestandes gestiegen sind, sich auch ihr Effektenbestand um fast eine Viertel-Milliarde erhöht hat. Die Seehandlung hat weiter die Getreideversorgung der Zivilbevölkerung in den Aufmarschgebieten durch Akzeptierung von Wechseln der Städte, die dann bei der Reichsbank diskontiert wurden, gefördert, ebenso leistungsschwachen Kreisen die Auszahlung der Familienunterstützung ermöglicht, den Städten die Beschaffung von Schweinefleisch-Dauerware erleichtert. Sie befehlt auch im Osten die Requisitionssache. Die Zentralstelle für Heeresverpflegung arbeitet auch mit der Seehandlung, um die Schlachtviehbestände in Festungen gegen schlagtreues Vieh auszuwechsell. Von weiteren Darlehen soll die Stickstoffgewinnung gefördert und durch Befassung der Darlehen die innere Kolonisation vor Einschränkung bewahrt werden.

So hat die Seehandlung die Proben durch den Krieg gut bestanden. Sie konnte ihre Depots-Depositen und Kreditabteilungen beträchtlich erweitern. Die Schließung der Börse übte sie nur, das Effekten- und Emissionsgeschäft zu ver ringern.

Die Kriegswirtschaft

N Berlin, 6. März. (Priv.-Tel.) Deutschland erzeugt eine Anzahl wichtiger Rohstoffe nicht im eigenen Lande, sondern ist auf die Zufuhr aus dem Ausland angewiesen. Bei Beginn des gegenwärtigen Krieges wurde nun plötzlich diese Rohstoffzufuhr wenn auch nicht ganz, so doch zum allergrößten Teil unterbunden. Unsere Industrie war von dem Kriege unvorbereitet getroffen worden und hatte außerordentliche Vorräte nicht ansammeln können. Dazu kam, daß durch den gesteigerten Heeresbedarf der Verbrauch von einzelnen Metallen, Textilwaren, Chemikalien und insbesondere Sprengstoffen außerordentlich viel größer wurde. Es mußte also im Interesse unserer Industrie und noch mehr im Interesse unserer Kriegsführung sofort bei Ausbruch des Krieges dafür gesorgt werden, daß mit den vorhandenen Rohstoffen möglichst haushälterisch umgegangen würde, daß zum mindesten jede Verschwendung ausgeschlossen war. Diese Grundforderung führte zur Errichtung der Kriegswirtschaftsabteilung, die am 13. August 1914 gegründet wurde. Dieses Institut hatte die Aufgabe — und hat sie bis jetzt auch vortrefflich erfüllt —, in die Gesamtwirtschaft der Rohstoffe regelnd einzugreifen, jede Vergeudung zu verhindern, das Verhältnis des Privatverbrauchs zum Heeresbedarf richtig einzustellen und für die richtige Verteilung der vorhandenen Rohstoffe so zu sorgen, daß möglichst alle mit Heeresaufträgen zu versenden den Werte ihre Verpflichtungen erfüllen konnten. Dazu kam noch eine gerechte und wirksame Aufteilung der aus den besetzten feindlichen Gebieten zu uns herangebrachten Rohstoffe und der Ansporn für die Industrie zur privaten Einfuhr von schwer erlangbaren Wirtschaftsgütern.

Durch eine Kundfrage wurde zunächst, und das war eine der wichtigsten Unterlagen für die ferneren Arbeiten der Kriegswirtschaftsabteilung, das ungefähre Deckungsverhältnis der Heeresindustrie und ihre Versorgungsdauer ermittelt. An rund 900 Firmen wurden Fragebogen versandt, die umgehend beantwortet wurden, sodas bereits gegen Ende August sich die Lage der Versorgung übersehen ließ. Neben der Feststellung, in welchem Umfange und an welchen Orten und Stellen die hauptsächlichsten Rohstoffmengen vorrätig lagerten, war es erforderlich,

die Verfügungsberechtigung

über diese Mengen zu erlangen. Dies war möglich auf dem Wege der Beschlagnahme und Requisition. Die Beschlagnahme im Inland wurde auf Anordnung der Kriegswirtschaftsabteilung durch die Generalkommandos verfügt, zu dem Zwecke, die von der Beschlagnahme betroffenen Materialien für den Gebrauch zu Kriegszwecken zu sichern. Theoretisch wäre es nun möglich gewesen, alle in Frage kommenden Rohstoffe zu requirieren und sie dann nach Gutdünken an die Verbraucher abzuführen. Dadurch wäre dem Reich eine wahrscheinlich nach hunderten von Millionen zählende Warenwirtschaft auferlegt worden, die bei der Unmöglichkeit, Sammelstellen zu schaffen, an tausenden von Aufbewahrungsstellen sich unkontrollierbar zersplittert hätte. Es wäre ferner notwendig gewesen, eine Neuorganisation von vielen hundert Beamten in wenigen Wochen aus der Erde zu stampfen und es wäre wohl auch eine Stilllegung eines großen Teiles der deutschen Industrie verursacht worden, denn der Zeitraum der Sammlung und der Neuverteilung der Rohstoffe hätte sich unter ein bestimmtes Minimum nicht herabdrücken lassen. Dazu kam noch eine ganze Anzahl anderer Schwierigkeiten bei der Preisfestsetzung: jede natürliche Preisbildung hätte selbstverständlich aufgehört. Um allen diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, griff man zur Selbstverwaltung. Es wurden die beteiligten Industrien aufgefordert, sich selbst in der Weise zu organisieren, daß sie unter eigener Kontrolle bei möglichst großer Einwirkung des Staates befähigt wurden, den Aufgaben der Sammlung und Verteilung der Rohstoffe gerecht zu werden. Die Form der Organisation bot die Aktiengesellschaft, zu der ein neues Organ trat, eine unabhängige, zum Teil von neutralen Personen geführte Abschätzungs- und Verteilungskommission, um zwischen den Interessenten, gleichviel ob Aktionäre oder Nichtaktionäre der Rohstoffgesellschaft, gerecht zu vermitteln. Der Erwerbscharakter der Gesellschaften wurde von vornherein ausgeschlossen. Weder Dividenden noch Liquidationsgewinn sollen ausgeschüttet werden. Für den nötigen staatlichen Einfluß sorgt die Bestellung von Staatskommissaren mit Vetorecht. Das Aktienkapital wurde so bemessen, daß es in einem leidlichen Verhältnis zu dem beabsichtigten Warenumsatz stand. Da aber zu erwarten war, daß der Umsatz sich rasch vollziehen würde, konnte bisher mit einem Höchstumsatz von etwa 6 Millionen bei 25 pCt. Einzahlung ausgenommen werden. Aber auf keinen Fall durfte durch die Errichtung der Gesellschaft ein Monopol geschaffen werden. Deshalb willigen die Gesellschafter auch ein, für nachträglich hinzutretende Aktionäre einen Teil ihres Aktienbesitzes zur Verfügung zu stellen. Von diesem Recht wurde auch mehrmals Gebrauch gemacht. Vor allem aber wurde den Gesellschaftern und den Verteilungskommissionen auferlegt, jeden Nichtaktionär in gleicher Weise zu berücksichtigen, wie den Aktionär. Daß dieser Grundsatz auch wirklich durchgeführt wird, darüber wachen von Handelskammern ernannte Mitglieder der Verteilungskommissionen.

Die Aufgabe der Ansammlung erforderte nun, auf eine Umordnung der Industrien

hinzuwirken und zwar durch mögliche Einschränkung des Friedensbedarfs, der auf Ersatzmittel hinge-

und führt uns in die Stube. Hier begrüßen wir uns offiziell und haben wieder einmal das schöne Gefühl, irgendwo nach Hause gekommen zu sein. Mit anmutigen Bewegungen die

Geschlossen wirft der Sturm uns ins Gesicht, bis uns Hören und Sehen vergeht. Dann ein Ruck, der den Schlitten fast umwirft und Goliath verflucht bis zur Schnauze. Nun heißt